**Deutscher Bundestag**
**11. Wahlperiode**

**Drucksache 11/6419**

12. 02. 90

# Antrag

**der Abgeordneten Frau Beer und der Fraktion DIE GRÜNEN**

## Entscheidung gegen die Stationierung eines Lance-Nachfolgesystems, luftgestützter atomarer Abstandswaffen und neuer Atomgranaten in der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sofort und endgültig eine Entscheidung zur Stationierung eines Lance-Nachfolgesystems, luftgestützter atomarer Abstandswaffen und neuer Atomgranaten in der Bundesrepublik Deutschland zu fällen.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, der Stationierung eines Lance-Nachfolgesystems sowie luftgestützter atomarer Abstandswaffen sofort und endgültig eine eindeutige Absage zu erteilen.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, entgegen der ab Januar 1991 vorgesehenen Stationierung von 155 mm Artilleriegranaten in der Bundesrepublik Deutschland endgültig die Nichtstationierung zu beschließen.

4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, diese Beschlüsse des Deutschen Bundestages den anderen Mitgliedstaaten der NATO, insbesondere den USA, unverzüglich mitzuteilen.

Bonn, den 9. Februar 1990

**Frau Beer**
**Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion**

### Begründung

Die Stationierung eines Lance-Nachfolgesystems, luftgestützter atomarer Abstandswaffen sowie neuer Artilleriegranaten vom Kaliber 155 mm in der Bundesrepublik Deutschland gefährdet die demokratische und friedliche Entwicklung in den Staaten Osteuropas und damit den Frieden in Europa.

Während sich der Warschauer Pakt faktisch auflöst und damit das von der NATO propagierte Feindbild sich selbst zerstört, hält das Atlantische Bündnis unvermindert an seinem bisherigen Kurs der Hochrüstung fest.

Während politische und wirtschaftliche Kontakte mit der DDR, dem Polen Lech Walensas und der Tschechoslowakei eines Vaclaw Havel intensiviert und ausgebaut werden, sollen die Menschen derselben Länder gleichzeitig durch neue atomare Artillerie und Kurzstreckenraketen militärisch bedroht werden.

Mit neuen luftgestützten Abstandswaffen, deren maximale Reichweite in den US-Planungen geheimgehalten wird, sollen außerdem Ziele in der UdSSR abgedeckt und so die mit dem INF-Vertrag „verlorengegangenen" militärischen Optionen wieder hergestellt werden.

Eine Stationierung dieser Waffensysteme in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem anderen NATO-Mitgliedsland ist ein Rückfall in die Zeiten des Kalten Krieges und damit – zu diesem Zeitpunkt erst recht – überflüssig und schädlich.

Durch ihr Einverständnis zur Stationierung dieser Waffensysteme trägt die Bundesrepublik Deutschland nicht nur zur Destabilisierung der sicherheitspolitischen Lage in Europa bei, sondern schafft Fakten, die ein Anwachsen der Verteidigungshaushalte in den USA und der Bundesrepublik Deutschland in Millionenhöhe zur Folge haben.

Dies ist besonders angesichts der realen Kürzungen der Verteidigungsetats in Ländern der Warschauer Vertragsorganisation sowie einseitiger Abrüstungsmaßnahmen der Sowjetunion eine falsche Maßnahme, die bei den Menschen in Ost und West kein Verständnis finden wird.

Die in den USA zur Zeit laufenden Haushaltsberatungen für den Haushalt 1991 sehen im Entwurf 112 Millionen US-Dollar für die weitere Entwicklung eines Nachfolgesystems für die bislang vor allem in der Bundesrepublik Deutschland stationierten atomaren Lance-Kurzstreckenraketen vor. Nach Auffassung führender Mitglieder des US-Senats und des US-Abgeordnetenhauses wird der Kongreß einer Freigabe der Mittel – wenn überhaupt – nur unter der Bedingung zustimmen, daß vorab zwei westeuropäische NATO-Staaten ihre ausdrückliche Bereitschaft zur Stationierung der neuen Kurzstreckenraketen erklären. Als mögliches Stationierungsland muß die Bundesrepublik Deutschland jetzt erklären, daß sie diese Waffen hier nicht stationieren wird. Angesichts der politischen Entwicklung in Osteuropa muß diese Absage jetzt erfolgen. Ein Hinausschieben der Entscheidung innerhalb der NATO bis 1992 ist nicht akzeptabel.

Da eine negative Entscheidung zur Stationierung luftgestützter atomarer Abstandsraketen bisher von der Bundesregierung nicht ausdrücklich gefaßt worden ist, ist zu erwarten, daß der US-Kongreß den von der Bush-Regierung geforderten 118 Millionen US-Dollar zustimmen wird. Als eines der beiden für diese Waffen vorgesehenen Stationierungsländer hat die Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit und die Pflicht, jetzt schon einer möglichen Stationierung luftgestützter atomarer Abstandswaffen eine klare Absage zu erteilen und dadurch die Mittelfreigabe im US-Kongreß zu beeinflussen.



Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 231967
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551, Telefax (0228) 361275
ISSN 0722-8333